Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Vierteljährlich vorausbezahlt M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Zuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8—3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 8—1/2 2. 11—1 Uhr Mittags. In Neustadt: Hauptstr. 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachm.
Die 1spaltige Grundzeile gewöhnlicher Schrift 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unserm Strich (Zwei.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Aufnahme eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Julius Beutler, Dresden, **Wallstr. 15,**
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Steingut unter Bazar-Preisen.
Salz- u. Mehl-Behälter
neu, **Zwiebelmuster**
à **50** und **90** Pf.
J. G. Klingner,
Waisenhausstrasse 3.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath,
Wallstr. 8.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf: **Altmarkt Nr. 2.**

Atelier für feine **Corsets**
nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, **Wallstr. 25.** Fernspr.-A. I. 167.

Herrenhüte englische und Wiener Neuheiten 6—12 Mark.

Robert Kunze, Altmarkt (Rathhaus).
Reise-Artikel, Herren-Modewaaren, Lederwaaren.

Havelocks in grosser Auswahl von 15 Mk. an

Nr. 53. Spiegel: Papstjubiläum, Erfolge Leo des XIII. Hofnachrichten, von Craushaar, Bauernschaft und Judenthum, Verein f. Pferdezucht und Rennen, Sanitätsconferenz, Gesammtrathssitzung, Gewerbeverein, Handwerkerverein, Lehrergesangvereins-Concert.

Mittwoch, 22. Februar.

Politisches.

Ein seltenes Fest wird in diesen Tagen auf dem ganzen Erdenrund gefeiert. Fünfzig Jahre sind verflossen, seit Joachim Pecci, der vor 15 Jahren als Leo XIII. den Stuhl Petri bestieg, vom Kardinal Lambruschini, dem Staatssekretär Gregor's XVI., zum Bischof geweiht worden ist. Glänzend sind die Festlichkeiten, die überall, wo katholische Christen wohnen, vom Südpol bis zum Nordpol, zu Ehren des greisen Pontifex begangen werden. Durch grossartiges Gepränge zeichnen sich besonders die Veranstaltungen in der Ewigen Stadt aus. Zahlreiche Pilgerzüge aus aller Herren Ländern sind nach Rom gewallfahrtet, um dem Oberhaupte der katholischen Kirche, das von einem strahlenden Kranz der höchsten Kirchenfürsten umgeben ist, ehrerbietige Huldigung darzubringen. Bis zum Monat Mai sollen sich die Wallfahrtszüge ausdehnen. Nicht blos von den Fürsten und Völkern, die sich zum Katholicismus bekennen, wird das fünfzigjährige Bischofsjubiläum Leo's XIII. gefeiert. Selbst der Sultan, dem fast der gesammte Mohamedanismus die Chalifenwürde zuerkennt, hat einen Vertreter entsendet. Er läßt dem Papste durch den Patriarchen von Konstantinopel Glück wünschen und ihm reiche Geschenke überreichen. Sogar der Zar, der Schirmherr der orthodoxen Kirche, betheiligt sich an den Ovationen. Auch Abgesandte protestantischer Souveräne sind in Rom erschienen, um dem Träger der päpstlichen Tiara die Glückwünsche zu übermitteln. Unter den Gesandten der Mächtigen dieser Erde befindet sich ein Delegirter unseres Kaisers, General Graf von Loë, einer der wenigen katholischen Generale Deutschlands. Er überbrachte die Glückwünsche der deutschen Regierungen und ein kostbares Geschenk Kaiser Wilhelm's. Daß das Deutsche Reich bei der Jubiläumsfeier in Rom vertreten ist, hat nichts Auffälliges. Es ist dies ein selbstverständliches Gebot der internationalen Höflichkeit und es liegt daher kein zwingender Grund zu der Annahme vor, daß Graf Loë der Träger einer politischen Mission sei, die darauf hinauslaufe, die Einwirkung des päpstlichen Stuhles auf das Centrum zu Gunsten der Militärvorlage herbeizuführen.

Der ultramontane Katholicismus feiert in diesen Tagen weniger die Persönlichkeit des gegenwärtigen Statthalters Christi, den nunmehr seit 50 Jahren die bischöfliche Mitra schmückt, als das Prinzip, dessen Träger Leo XIII. ist, das Papstthum, in dem man die Einheit und die Weltherrschaft der katholischen Kirche verkörpert sieht. Aus den Festreden klerikaler Führer und den Festartikeln der päpstlichen Blätter spricht der Jubel, daß das Papstthum im Laufe von 19 Jahrhunderten alle Stürme überdauert hat, während in dieser Zeit so manche Throne und Institutionen zu Grunde gegangen sind. Nirgends sei die göttliche Macht der katholischen Kirche überzeugender in die Erscheinung getreten als in dieser Unwandelbarkeit des Papstthums. „Das Bewußtsein von der Unzerstörbarkeit dieses Bollwerkes", sagt die Germania, „giebt dem Feste seine Hauptweihe und verleiht ihm jenen verklärenden Schimmer, der die Trangsale der Zeit und die Bedrängniß des jetzigen erlauchten Trägers der Tiara vergessen, uns vielmehr mit gestärktem Vertrauen auf eine Wendung zum Besseren in die Zukunft schauen läßt." Aus diesen Worten wie aus fast allen ultramontanen Kundgebungen, die aus Anlaß des 50jährigen Bischofsjubiläums Leo's XIII. stattgefunden haben, spricht mehr oder weniger deutlich das Verlangen nach Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes. Am offenkundigsten ist dies bei der Papstfeier der Wiener Michaelisbruderschaft zum Ausdruck gekommen. In Gegenwart der Erzherzogin Maria Theresia, der künftigen Kaiserin von Oesterreich, und zweier aktiver österreichischer Minister hat der Kardinal-Erzbischof Gruscha unter dem stürmischen Beifall der Versammlung den Wunsch nach Wiederherstellung der „Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes" ausgesprochen. Eine unmittelbare politische Bedeutung haben derartige, leider auch in Deutschland nicht seltene klerikale Uebergriffe nicht. Sie enthalten zwar versteckte Demonstrationen gegen Italien, unseren Bundesgenossen, und zeugen von den Herrschaftsgelüsten des papistischen Katholicismus. Aber sie können nicht ernsthaft genommen werden, denn zur Zeit wird keiner der Delegirten, welche die europäischen Regierungen nach der Ewigen Stadt gesandt haben, es wagen dürfen, in dem Papste die Hoffnung zu wecken, daß dereinst seine weltliche Herrschaft wiederhergestellt werden könne.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern hat gerade Leo XIII. den Beweis erbracht, daß der Papst auch trotz seiner angeblichen Gefangenschaft und ohne Kirchenstaat die geistliche Oberherrschaft über die katholische Christenheit mit glänzenden Erfolgen führen kann. Als der jetzt 83jährige Greis vor 15 Jahren den Stuhl Petri bestieg, war das Papstthum in einer kritischen Lage. Der kampfesmuthige Pontifex Pius IX. hatte sich ringsum Feinde und Widersacher geschaffen und Niederlage auf Niederlage hatte die Curie in den beftigen Streitigkeiten mit den weltlichen Mächten erlitten. Nicht blos in Deutschland, auch anderwärts befand sich die katholische Kirche in mißlicher Lage. Viele Bischöfe waren entthront, viele Stätten der Seelsorge verwaist, viele Ordensgesellschaften vertrieben. Anstatt durch Donnerflüche und Bannbullen, wie sein Vorgänger, hat Leo XIII. durch Milde und Versöhnlichkeit, durch die Künste staatsmännischer Klugheit die Interessen der Kirche wahrzunehmen gesucht. Groß sind die Erfolge, auf die Leo als Friedensfürst zurückblicken darf. Man muß diese Erfolge gerechterweise anerkennen, so wenig erfreulich dies auch für den Protestantismus sein mag. Wir sehen, schreibt die „N. Fr. Pr.", im puritanischen Schottland neue bischöfliche Sitze sich aufthun, in England Kardinäle walten, in Canada und in Montevideo, in China und in Japan neue römische Diöcesen sich bilden, in Ostindien neben den anderen Weltreligionen eine römische Hierarchie sich organisiren, den Papst mit dem Sultan in steter Verhandlung, um in Konstantinopel einen römischen Generalpatriarchen zu inthronisiren, das Schisma in der armenischen Kirche beigelegt, in Bukarest hat ein katholischer Erzbischof seine Residenz aufgeschlagen, in Rumänien und Bulgarien schützen katholische Dynastien die Kirche, in Bosnien und der Herzegowina sind vier neue Diöcesen zugewachsen; an alle kolonialen Expeditionen im dunklen Erdtheile heften sich die Missionen der römischen Propaganda. Nicht minder bedeutsam sind die Triumphe, welche Leo XIII. in Deutschland und in Frankreich davongetragen hat. Nur der persönlichen Klugheit des jetzigen Papstes hat es die katholische Kirche zu verdanken, daß in Deutschland der Kulturkampf aufgehört hat, daß in Preußen die Maigesetze zum größten Theile wieder beseitigt worden sind, daß die geistlichen Stellen von den Bischofssitzen bis herab zu den Pfarrstühlen wieder besetzt sind, daß die Ordensgesellschaften, mit Ausnahme der Jesuiten, wieder zu den Stätten ihrer Wirksamkeit zurückgekehrt sind. Noch glänzender ist die Wandlung, die Leo XIII. in den Beziehungen des Vatikans zu Frankreich zu erzielen wußte. Der völlige Bruch der Curie mit der Republik war nahe, als Kardinal Pecci den Stuhl Petri bestieg. Heute ist der Papst der Freund und Bundesgenosse des republikanischen Frankreich und die antiklerikale Regierung in Paris hat ihren Botschafter beim Vatikan angewiesen, dem Papst die Huldigung ganz Frankreichs darzubringen. Unter Leo XIII. ist das Papstthum trotz des Verlustes der weltlichen Herrschaft wieder eine politische Macht geworden, deren Freundschaft, deren Bündniß gesucht und begehrt wird, selbst von dem Czaren, dem Oberhaupte der griechischen Kirche, selbst von dem anglikanischen England um Irlands willen, wo die Autorität des Papstes weit mehr gilt als die der Königin von Großbritannien. Mit allen Fürsten und Regierungen, welcher Kirche oder Religion sie auch angehören mögen, lebt Leo XIII. in Frieden, nur mit dem Staate nicht, unter dessen Schutz er steht. Könnte sich der Papst entschließen, sich auch mit Italien in's Einvernehmen zu setzen, dann würde er den besten und schönsten Beweis seiner Friedensliebe und Weisheit liefern. Es wäre dies freilich nur möglich unter dem endgiltigen Verzicht auf die Wiederherstellung des Kirchenstaates. Mit diesem Verzicht würde Leo XIII. noch glänzender und überzeugender, als er es bereits durch seine segensreiche 15jährige Regententhätigkeit gethan hat, beweisen, daß das Papstthum auch ohne die Beigabe weltlicher Herrschaft noch stark und mächtig genug ist, um die katholische Christenheit mit Erfolg zu regieren.

L—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 21. Februar.

Berlin. Reichstag. Eingegangen ist ein Schreiben des Reichskanzlers, in welchem mitgetheilt wird, daß der Reichstag in einer Weise die Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Freiherrn v. Münch (Wild-Demokrat) beschlossen habe. Derselbe sei aber bereits rechtskräftig verurtheilt und verbüße die ihm zuerkannte Strafe. Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) wird das Schreiben an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen. — Es folgt 1. Berathung des Handelsvertrags mit Egypten. Graf Kanitz (kons.) empfiehlt diesen Vertrag, der das Muster eines Handelsvertrags sei, da er unsere Zollsätze nicht binde. Bei der Aufzählung der Feuerwaffen seien einige Gewehre wie Lefaucheaux und Manchester fälschlich als Vorderlader aufgeführt, während es doch Hinterlader seien. Hoffentlich werde unser Handelsverkehr mit Egypten, der sich noch in bescheidenen Grenzen bewegte, durch den Vertrag einen Aufschwung erfahren. Nachdem noch Abgg. Oechelhäuser (natl.) und Dr. Barth (freis.) den Vertrag befürworteten, wird derselbe in erster und zweiter Lesung angenommen. — Dann wird die Berathung des Etats des Innern fortgesetzt. Beim Auswanderungswesen erwiderte Staatssekretär v. Bötticher auf eine Anfrage des Abg. Dr. Lingens (Centr.), daß in den Hamburger Auswanderungsbaracken Cholerafälle konstatirt worden seien; die Cholera sei von Osten eingeschleppt. Auf eine Anfrage des Abg. Hammacher (natl.) erwiedert Präsident v. Levetzow, er habe die Berathung des Auswanderungsgesetzes bisher nicht vorgeschlagen, weil so sehr viel wichtige Sachen vorlägen und es ihm auch schiene, daß die Berathung vom Hause nicht gewünscht werde. — Abg. Dr. Barth (freis.) meint, die Regierung könne sich mit der Kritik, welche die öffentliche Meinung bereits an dem Entwurfe geübt habe, zufriedenstellen. — Bei dem Kapitel: Kommission für Arbeiterstatistik vertheidigt Abg. Dr. Hirsch (freis.) die Kommission gegen die Angriffe des sozialdemokratischen „Vorwärts". Die Kommission habe mehr geleistet, als man von ihr hätte erwarten können; niemals hätten bei ihr Parteirücksichten vorgelegen. — Abg. Möller (natl.) empfiehlt Beschränkung der Erhebungen auf diejenigen Erwerbszweige, bei denen sich besondere Uebelstände herausgestellt haben. — Abg. Bebel (soz.): Nicht Alles, was im „Vorwärts" stehe, sei offizielle Ansicht der sozialdemokratischen Partei. Die Einsetzung der Enquete-Kommission sei der sozialdemokratischen Partei zu danken. Wenn die Kommission nicht leiste, was sie leisten könne, so sei die Organisation daran schuld, sowie der Umstand, daß die ohnehin überlasteten Polizeibehörden mit den Erhebungen betraut seien. Allein richtig sei das englische kontradiktorische Verfahren durch besonders Beauftragte an jedem Orte. Dann könnte man die Statistik auch auf Wohnungsverhältnisse ausdehnen: dieselben seien, namentlich im Bäckergewerbe, überall traurige, wie er in seinem Buche geschildert habe. Es seien da auch von anderen Seiten, z. B. in Dresden, liederliche skandalöse Dinge veröffentlicht worden. Der Stadtrath von Dresden habe es aber abgelehnt, dagegen einzuschreiten, weil ihm die Zeit dazu fehle. In diesem Stadtrath säßen ja die Freunde des Herrn Ackermann, die ein Interesse daran hätten, solche Dinge zu unterdrücken. — Abg. Dr. Hirsch (freis.): Aenderungen des Frageverfahrens seien in der Kommission erwogen worden und würden weiter erwogen. Bezüglich des Bäckergewerbes habe die Kommission schon so Schlimmes erfahren — länger als 18stündige Arbeitszeit —, daß es kaum noch schlimmer kommen könne; die Beeinflussung der Befragten könne also wohl nicht so groß sein, wie Bebel behaupte. — Beim Titel Oberseeamt führt Abg. Harm (soz.) den Rückgang der Zahl der deutschen Segelschiffe in der Ostsee auf die Zollpolitik zurück und fordert sodann den Erlaß einer neuen Seemannsordnung und strenge Kontrole über die Durchführung derselben. Eine Schande sei es, daß am Ende des 19. Jahrhunderts auf der deutschen Handelsmarine erwachsene Männer noch geschlagen würden. — Abg. Jebsen (natl.): Unsere Seemannsordnung sei besser als die aller anderen Nationen. Das Schlagen gestatte dieselbe nicht. — Abg. Bebel: Wie zu Lande die Gewerbegerichte, müßten auch für die Seeleute Schiedsgerichte geschaffen werden. Das Auslaufen seeuntüchtiger Schiffe müsse unter das Strafgesetz gestellt werden. Es läge gegründeter Verdacht vor, daß auch in Deutschland seeuntüchtige Schiffe ausgesandt werden, um die Versicherungssumme einzubeimsen. Er erinnere an den Fall Schiff in Elsfleth; dieser Fall habe nicht einmal Anlaß zu einer Untersuchung gegeben, obgleich Schiff den „Vorwärts", der ihn direkt als Mörder bezeichnet, nicht verklagt habe. Ein ähnlicher Verdacht liege bei einem sehr hoch versicherten Schiffe einer Braunschweiger Firma und bei einem weiteren Schiffe des genannten Rheders Schiff vor. Letzterer sei übrigens Mitglied im Reichsversicherungsamt. — Staatssekretär v. Bötticher erklärt, daß Herr Schiff nicht mehr Mitglied des Reichsversicherungsamtes sei. — Abg. Jebsen (natl.) nimmt den Rheder Schiff gegen die Angriffe Bebel's in Schutz. Dafür, daß keine seeuntüchtigen Schiffe ausgesandt werden, beständen ausreichende Bestimmungen. — Abg. Bebel (soz.): Er höre, daß Ueberversicherungen, namentlich bei älteren Schiffen, sehr häufig vorkämen. Die Vertheidigung Schiff's durch Jebsen sei ein starkes Stück; es könne doch Jemand ein intelligenter und tüchtiger Mann und dabei ein Schuft sein. Daß Schiff unmittelbar nach der Veröffentlichung im „Vorwärts" sein Ehrenamt im Reichsversicherungsamt niederlegte, beweise, daß er ein Massenmörder sei. (Bewegung.) — Die einzelnen Kapitel werden bewilligt. Weiterberathung morgen; außerdem Einheitszeit.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Kultusetats fort. Bei den Universitäten theilte Minister Dr. Bosse mit, er habe anläßlich früherer Aeußerungen des Abg. Dr. Koch (Centr.) Berichte über die religiösen Verhältnisse der Lehrkörper der Universitäten eingefordert und dabei festgestellt, daß unsere Universitätslehrer, von Ausnahmen abgesehen, durchaus von christlichem Geiste erfüllt seien; daß die wahre Wissenschaft sich mit dem Christenthum in Widerspruch setzen könne, sei nicht zu befürchten. Bei den höheren Lehranstalten wurde ein Antrag der Polen und des Centrums auf Streichung des Fonds von 100,000 M. zur Unterstützung deutscher Schüler auf höheren Lehranstalten in den polnischen Landestheilen abgelehnt. Weiterberathung morgen. — In der Reichstagskommission zur Berathung des Gesetzes betreffend den Verrath militärischer Geheimnisse wurde § 1 gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen, jedoch mit einem Zusatze, wonach bei mildernden Umständen eine Minimalstrafe von 6 Monaten Gefängniß und 10,000 M. Geldstrafe zulässig sein soll, während nach der Vorlage mildernde Umstände ausgeschlossen sind und der Minimalstrafe 2 Jahre Zuchthaus und 15,000 M. Geldstrafe beträgt. — Bei den gestrigen Gewerbegerichtswahlen in Berlin haben die Sozialdemokraten nicht nur in der Gesammtklasse der Arbeitnehmer, sondern auch in zwei Bezirken in der Klasse der Arbeitgeber gesiegt. — Der Verein der Steuer- und Wirthschaftsreformer ist heute hier zusammengetreten. Graf Mirbach betonte in seinem einleitenden Vortrag die Nothwendigkeiten einer Neugestaltung des Veranlagungs- und Verschuldungssystems. Ferner wurden längere Resolutionen zu Gunsten der Doppelwährung und gegen den russischen Handelsvertrag angenommen.

Berlin. Ueber angeblich schwebende Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist an unterrichteter Stelle nichts bekannt. — Im Wahlkreise Liegnitz wurden bis 3 Uhr Nachmittags gezählt: Für Rechtsanwalt Hertwig (Antisem.) 5048, für Stadtrath Jungfer (freis.) 9726, für Schneidermeister Kühn (Soz.) 4814 und für den Grafen Rothkirch (kons.) 1153 Stimmen. Da nur noch wenige Ortschaften ausstehen, gilt eine Stichwahl zwischen Jungfer und Hertwig für sicher.

Berlin. Unter den dem Reichstage zugegangenen Drucksachen befindet sich folgender Nachtrag zum Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl Ahlwardt's: Nachträglich hat die Wahlprüfungs-Kommission auf den Antrag des Referenten Abg. Dr. Hermes, welcher die Vertretung des Berichtes im Plenum des Reichstages ablehnte, weil er nicht behindert sein wollte, die Ansicht der Minorität der Kommission zu vertreten, beschlossen, Herrn Abg. v. Hollenffer zum Berichterstatter für das Plenum zu bestellen. — Die überseeische Auswanderung Deutscher über deutsche Häfen betrug 1892: 90,183 Personen, davon 4619 (332 männliche und 1927 weibliche) aus dem Königreich Sachsen.

Berlin. Rektor Ahlwardt wird nach seiner Entlassung aus dem Gefängniß am 24. d. M. zunächst, ehe er in den Reichstag geht, seinen Wahlkreis Arnswalde besuchen und dort verschiedene Versammlungen abhalten.

Leipzig. In dem heute vor dem Reichsgerichte als Revisionsinstanz zur Verhandlung gelangten Prozeß gegen den Bankier Polke in Berlin beantragte der Reichsanwalt Galli die Aufhebung des freisprechenden Urtheils, wobei er, dasselbe scharf kritisirend, sagte, es enthalte zahlreiche Rechtsirrthümer. Die Entscheidung dürfte heute noch nicht gefällt werden.

Halle. Der Regierungspräsident in Merseburg macht amtlich bekannt, daß während der Nietlebener Epidemie in der Stadt Halle nicht ein einziger Cholerafall vorgekommen und daß diese Stadt daher seuchenfrei sei.

Bern. Finanzminister Dr. Weckerle beantragte heute im Abgeordnetenhause die Bewilligung des provisorischen Budgets bis zum 1. Juli.

Paris. Die Akademie der Wissenschaften wählte den Professor Kekulé in Bonn zum korrespondirenden Mitglied. — Nach einer Meldung des „Figaro" befände sich als Erster auf der Zeugenliste des Panama-Bestechungsprozesses Präsident Carnot, welcher darüber vernommen werden soll, ob er niemals die Liste der bestochenen Abgeordneten gekannt habe und ob bei ihm keine Schritte in dieser Angelegenheit unternommen worden seien.

Bern. Der französische Botschafter Aragon ist gestern bei dem Bundesrath wegen angeblicher Beleidigung des Präsidenten Carnot vorstellig geworden. Carnot war in dem gestrigen Baseler Fastnachtszuge inmitten einer Gruppe von Panamaschwindlern mit einem riesigen 500,000 Francs-Check dargestellt worden.

New-Orleans. Der General der konföderirten Staaten während des amerikanischen Bürgerkrieges, Beauregard, ist gestorben.

Die Berliner Börse war schwach, da der Abschluß der Diskontogesellschaft den hochgespannten Erwartungen der Spekulation nicht entsprach. Später konnte sich die Tendenz zwar etwas befestigen, doch übte die Mattigkeit der Pariser Börse weiterhin auf sämmtlichen Gebieten ungünstigen Einfluß. Feste Tendenz bekundete die Wiener Börse, worauf anfangs Kreditaktien und österreichische Rentenpapiere höher waren; doch trat auch hier später Abschwächung ein. Von Banken waren namentlich Diskonto-Kommandit-Antheile stark gedrückt; Dresdner und andere, anfangs fester, mußten später ihre Coursbesserungen theilweise wieder aufgeben. Für Eisenbahnen wenig Interesse; schweizerische Bahnen matt. In Bergwerken fanden Realisationen statt. Schiffahrtsaktien belebt und fester, später aber ebenfalls nachgebend. Von

Asfund's (patentirte) **Kindermilch.** Trocken füttert. Dresdner Molkerei Gebr. Asfund, Bautznerstr. 41 42